

INTERPELLATION

Urheber AdG/LA, durch Barbara Lanthemann, Sarah Constantin, Emmanuel Amoos und Blaise Carron
Gegenstand Frauenförderung in der Politik
Datum 13.06.2019
Nummer 2.0285

Ende September 2018 hat der Bundesrat ein Kreisschreiben über die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates vom 20. Oktober 2019 an die Kantonsregierungen gerichtet.

In einem der Kapitel dieses Kreisschreibens steht, dass Bund und Kantone auch fast 40 Jahre nach der Annahme des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung (heute: Art. 8 Abs. 3 BV) bemüht sind, Diskriminierungen zu beseitigen, von denen die Frauen im familiären, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umfeld betroffen sind.

Im Kreisschreiben wird ein Defizit bei der Repräsentation von Frauen im Nationalrat festgestellt. Ausserdem steht darin, dass der Anteil Frauen im Nationalrat 2015 wieder angestiegen ist, nachdem er 2011 erstmals seit der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts 1971 nicht nur stagnierte, sondern um einen halben Prozentpunkt auf 29 % (58 Frauen und 142 Männer) zurückgegangen war. Dieser Anteil ist 2015 auf 32 % (64 Frauen und 136 Männer) angestiegen und hat sich in der laufenden Legislatur zudem etwas erhöht (auf 33 %, Stand 15.06.2018).

Wie der Bundesrat hervorhebt, besteht offensichtlich Nachholbedarf, bis das Ziel einer ausgeglichenen Repräsentation der Geschlechter erreicht ist.

Die Kantone wurden gebeten, die Wahlberechtigten auf das allfällige Missverhältnis in der Repräsentation von Frauen und Männern aufmerksam zu machen und die kandidierenden Gruppierungen auf die im «Leitfaden für kandidierende Gruppierungen» der Bundeskanzlei (BK) aufgeführten Massnahmen zur Förderung von Frauen hinzuweisen.

Schlussfolgerung

Was hat der Kanton Wallis unternommen oder gedenkt er zu unternehmen, um die Parteien und politischen Gruppierungen zu ermutigen, bei den nächsten eidgenössischen Wahlen Frauenkandidaturen zu fördern?

Welche Informationen hat die Kanzlei weitergeleitet, um die Repräsentation der Frauen auf den Listen der verschiedenen Parteien und Gruppierungen zu verbessern?

Welche Sensibilisierungsmassnahmen plant der Staatsrat, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf diesen Sachverhalt zu lenken?